

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/215

Bad Godesberg, den 9. November 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2a	Kohleanpassung marktwirtschaftlich und sozial Noch eine Chance für die Bergbaugesellschaften Zwei Prämissen der Kohleanpassung	98
2	"Ohne Schlips und Kragen" Zu einigen Berichten über die Revolutionsfeiern in Moskau	23
2	Wellmacht Hunger Zur Konferenz der EAG in Rom	27
3 - 4	<u>FRANKREICH - ENGLAND</u> Gegensätze und Parallelen Von Georg Scheuer, Paris	61
Seite 1 - 3	<u>FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:</u> Frauen brauchen bessere Informationen! Interview mit Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Aus dem Bundestag "Montag-Club für politische und gesellschaftliche Kontakte" Neue Richtlinien für Familienpolitik Personalien - Termine	

\* \* \*

## Kohleanpassung marktwirtschaftlich und sozial

---

### Noch eine Chance für die Bergbaugesellschaften Zwei Prämissen der Kohleanpassung

Von Rudolf Dux

"Die deutsche Kohle hat Zukunft", mit dieser Feststellung eröffnete der Bundeswirtschaftsminister seine Begründung eines Kohleanpassungsgesetzes vor dem Bundestag, jedoch eine Zukunft, die nicht einfach durch eine neue Subventionsrunde eingeleitet werden sollte. Eine Zukunft, die bestimmt ist, durch einen gewichtigen Anteil der Kohle an der deutschen Energieversorgung und durch die Funktion, im Wettbewerb preisregulierend auf dem Energiemarkt zu wirken.

Das ist nach den bisherigen Erfahrungen mit der Kohle, den Förderüberschüssen, den Halden und dem Kohlepreis, ein fast utopisch anmutendes Ziel, das umso illusionärer erscheint, als die vorgesehenen gesetzlichen Regelungen freiheitlich marktwirtschaftlich sein sollen.

Dem Kohle-Management ist damit die Chance eingeräumt, mit vielfacher staatlicher Unterstützung noch einmal selbst ihr Schicksal in die Hand zu nehmen und in einer Gesamtgesellschaft des deutschen Steinkohlenbergbaues die Voraussetzungen für eine rationelle, wettbewerbsfähige und preisgünstige Kohleförderung Sorge zu tragen. Freiheitlich marktwirtschaftlich ist also die e i n e Prämisse.

Die zweite Prämisse setzt Prof. Schiller mit einem Zitat aus einer Stellungnahme vom 1. Dezember 1965 im Bundestag zur Lage des Steinkohlenbergbaus, daß auch die menschliche Arbeitskraft, die bisher im Bergbau tätig war, ebenso unorthodox entschädigt werden müsse wie das dekapitalisierte Kapital. Das war also die soziale Prämisse. Doch beide Prämissen werden erst durch den Bundestag und Bundesrat gesetzlich erhärtet werden müssen; und man kann nur hoffen, daß das schnellstens geschieht.

Schnellstens, und nicht nur aus dem Zwang die soziale Unruhe in den Kohlenrevieren aus der Welt zu schaffen, sondern auch, um die Chance einer marktwirtschaftlichen Lösung noch zu nutzen, sollten sich die Bergbauunternehmen zum freiwilligen Zusammenschluß entschließen. Es entspricht nur der Erfahrung der Politik mit den widerstreitenden Interessen der Unternehmen untereinander und gegenüber den Zielen und Notwendigkeiten einer durchgreifenden Strukturpolitik, wenn in dem Gesetz vorgesehen ist, den Staat dann zu massiven Eingriffen in das Eigentumsrecht und zwar sowohl bezüglich des Zeitpunktes der Fusion der Unternehmen als auch ihres Verfügungsrechtes über Grund und Boden zu ermächtigen, wenn das Prinzip der Freiwilligkeit nicht baldigst zu einer Lösung führt.

Hier sei erinnert an das zweijährige Tauziehen der Unternehmen um die von ihnen selbst initiierte Aktionsgemeinschaft Steinkohlengebiete, die trotz vielfacher steuerlicher Begünstigungen für die Unternehmen nur als Zangengeburt zum Leben erweckt wurde und unter Einschuß des Kapitals aus öffentlichen Mitteln, das die deutsche Wirtschaft nicht aufzubringen bereit war. Ein solches makabres Spiel können wir uns angesichts der sozialen Situation in den Steinkohlenrevieren nicht noch einmal leisten. Mit einer neuen

Unternehmenskonstruktion muß außerdem die Möglichkeit geschaffen werden, die seit Jahrzehnten anhaltende Subventionswirtschaft im Steinkohlenbergbau zu beenden und die Kohle wettbewerbsfähig zu machen.

Der Anschein der Einsicht der Bergbauunternehmen in die Notwendigkeit einer Neuordnung, die sie mit vielfachen eigenen Plänen öffentlich zu demonstrieren suchten, verliert viel von seinem Wert, durch das Vorhaben, der auch von ihnen befürworteten Einheitsgesellschaft nur einen skelettierten Bergbau zu überlassen. Die auch heute noch rentablen Betriebsteile, wie die Kraftwirtschaft und den sozialen Wohnungsbestand, den Grund und Boden usw. möchten sie selbst behalten und das unrentable Zechenvermögen einer öffentlich gestützten, mit staatlichen Ausfallbürgschaften gesicherten Pachtgesellschaft überlassen. Und hier liegt ein besonderer Haken, den Prof. Schiller treffend mit dem Begriff der Entschädigung dekapitalisierten Kapitals umreißt.

Viele der nun auf die Einheitsgesellschaft überzuleitenden Zechen sind längst abgeschrieben. Das Kapital hat sich reproduziert, d.h. die Zecheneigner haben es zum Teil gut verzinst voll zurückerstattet erhalten. Nunmehr aber sollen die Anlagen zum vollen Anlagewert von der Einheitsgesellschaft übernommen und bei einer Verzinsung von fünf Prozent pro anno für zwanzig Jahre nochmals an die abgebenden Altgesellschaften rückerstattet werden. Auch gegen diesen Trick ist die Bemerkung Schillers gerichtet, daß die Neuordnung des Steinkohlenbergbaus und seine Anpassung an die Marktlage nicht mit einer neuen Subventionsrunde begonnen werden sollte.

Doch wenn es schon nicht möglich sein wird, eine wahrhaftige Anpassung von Buchwert und Anlagewert vorzunehmen, wenn dadurch bei Stilllegungen Globalprämien in D-Mark je Tonne stillgelegter Förderkapazität gezahlt und erhebliche Differenzialgewinne erzielt werden, so soll zumindest gesetzlicher Zwang zur Anlage dieser Erstattungen in neuen industriellen Anlagen in den gefährdeten Gebieten anhalten. Diese Tendenz soll auch durch Investitionsprämien gefördert werden.

Schon diese Auflage zur Wiederanlage der Kapitalentschädigungen dort, wo Arbeitsplätze verloren gingen, und die gestaffelte Prämierung solcher Investitionen nach der Anlage in den am stärksten betroffenen Gebieten, könnte als soziales Motiv gewertet werden. Ausschließlich sozialen Zwecken dient jedoch die berechtigte Forderung der Bergarbeiterorganisation und der Auftrag des Parlaments an die Ausschüsse für die Sicherung des Wohnungsbestandes beim Bergbau und der Wohnberechtigung der Bergarbeiter gesetzliche Sorge zu tragen, sowie Regelungen zu treffen, die als Einkommenssicherung für die Zeit der Neuordnung im Steinkohlenbergbau die Existenzangst von den Bergarbeiterfamilien sowie auch von denen nehmen sollen, die mittelbar vom Einkommen der Bergarbeiter leben.

Man kann nur die Hoffnung haben, daß die Unternehmen ihre Chance begriffen haben. Es muß aber auch erwartet werden, daß die Regierung aus der Dringlichkeit der sozialen Probleme in den Steinkohlenrevieren ihre Geduld nicht überstrapazieren läßt. Sie möge gewarnt sein, daß letztlich das politische Risiko nicht von denen getragen wird, die aus ihrem egoistischen materiellen Interesse eine soziale Lösung - und hier im weiteren Sinne von Gesellschaft gemeint - zu verzögern trachten. Man sollte ihnen das Risiko bewußt machen, wenn sie die letzte Chance einer in eigene Verfügung gegebenen marktwirtschaftlichen, freien Lösung verpassen.

"Ohne Schlips und Kragen"

Zu einigen Berichten über die Revolutionsfeiern in Moskau

sp - Bei der Schilderung der Revolutionsfeiern in Moskau werden in der internationalen und deutschen Presse manch' verstaubte Formulierungen hervorgehoben, deren Ziel - die Verächtlichmachung einer gewaltigen historischen Leistung - nicht zu verkennen ist. Da wird zum Beispiel in sollopem Ton darüber berichtet, die Kinder der Revolution trügen jetzt Schlips und Kragen, hätten keine wilden Bärte mehr und sähen auch sonst ganz manierlich aus.

Genau diese Sprache ist es, die bei jedem Bürger der Sowjetunion den Gedanken aufkommen lassen muß, im Westen halte man ihn für einen unbedarften Banausen. Und wenn mancher deutscher PK-Berichtererstatter vom letzten Kriege her heute noch Maßstäbe für das Leben in der Sowjetunion anzulegen versucht, die nicht einmal vor 25 Jahren richtig waren, dann sollte man wenigstens bei uns im Jahre 1967 begreifen, daß man durch Soloppe und die Realitäten ignorierende Berichterstattung gerade dort keine Freunde gewinnt, wo wir sie dringend notwendig haben.

Was würde man bei uns sagen, wenn ein sowjetischer Journalist schreiben würde, es sei erstaunlich, daß nur noch die wenigsten Deutscher Knobelbecher an den Füßen tragen, nicht alle denselben Haarschnitt haben und sogar Fernsehgeräte ihr eigen nennen. Man würde - und das zu Recht vermuten, dieser sowjetische Journalist sei nach Deutschland mit der Vorstellung gekommen, die in einem gewissen Umfang für die Zeit vor 25 Jahren vielleicht zutreffend war. Und selbstverständlich würden wir uns darüber ärgern.

+ + +  
Weltmacht Hunger

Zur Konferenz der FAO in Rom

sp - Die in Rom zur Zeit tagende Konferenz der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) macht nicht gerade Schlagzeilen und doch sind die dort gegebenen Berichte und Referate, die sich mit dem Zustand dieser, unserer Welt befassen, eine erregende Lektüre. So gibt es nach einer Feststellung des Generaldirektors, des Inders Sel, gegenwärtig auf der Welt mehr an Hunger und Unterernährung leidende Menschen, als je zuvor. Die Kluft zwischen den Industrienationen der nördlichen Hälfte und den hungernden, industriearmen Völkern der südlichen Hälfte der Erdkugel wird größer, als überschattet an Explosivgehalt die Spannungen zwischen West und Ost und überlagert sie, weder die Bereitschaft der reichen Nationen, mit den Armen zu teilen, noch die großen Anstrengungen der Armen zur Verbesserung ihres Loses konnten einen grundlegenden Wandel herbeiführen. Die Weltbevölkerung wächst pro Jahr um 70 Millionen, also um 25 Millionen mehr als die Bundesrepublik Einwohner zählt. Die Nahrungsmittelproduktion in den industriearmen Ländern hält mit dem Bevölkerungszuwachs nicht Schritt, ja sie fiel sogar in der letzten Jahrzehnt zurück und dies trotz gewährter Entwicklungshilfe. Eine Hungerkatastrophe ungeheuerlichen Ausmaßes droht in diesen Teilen der Erde, sollte es nicht gelingen, durch Familienplanung die Bevölkerungsvermehrung einzudämmen. Sie scheiterte bisher an Vorurteilen aller Art. Es erhebt sich die beängstigende Frage: kann der Friede in der Welt gesichert werden, wenn sich um die Inseln der reichen Nationen Meere unermesslichen Elends bilden?

F R A N K R E I C H - E N G L A N D

Gegensätze und Parallelen

Von Georg Scheuer, Paris

Es ist jetzt üblich, die Gegensätze zwischen Paris und London hervorzuheben. In Wirklichkeit sind die Wege der beiden westeuropäischen Mächte gleichgerichtet, was Gegensätze allerdings nicht ausschließt. - Großbritannien und Frankreich waren einst die führenden Staaten Westeuropas. Sie entwickelten ihre Kolonialreiche parallel und im Widerstreit miteinander. Der Aufstieg ging durch alle Phasen, vom Hundertjährigen Krieg mit der Verbrennung Johanna von Orléans bis zur "Entente Cordiale". Auch der Abstieg ist heute sowohl gleichlaufend als auch von Rivalitäten gekennzeichnet.

Niedergang

England und Frankreich waren zu Beginn dieses Jahrhunderts Weltmächte. Der Niedergang begann mit den beiden Weltkriegen. Mit ihnen begann auch der Aufstieg außereuropäischer Mächte in der Weltarena: Amerika, Rußland, China. Großbritannien und Frankreich wurden im Ersten Weltkrieg erschüttert und erstmalig von den Vereinigten Staaten überflügelt. Sie verloren im Zweiten Weltkrieg ihre Kolonialreiche in Afrika und Asien. Indochina, Algerien und die britisch-französische Suezaktion 1956 waren Nachhutgefechte. London und Paris wurden immer mehr auf ihre europäischen Dimensionen reduziert.

Erdöl

So stellen sich in beiden Ländern ähnliche Probleme: Rückzug von letzten Stützpunkten einstigen "Reichs", Reorganisation des früheren kolonialen Einflusses, Hinwendung zu den europäischen Nachbarn.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß gerade in diesem Herbst 1967 sowohl Frankreich als auch Großbritannien die Räumung von Schlüsselstellungen ankündigten, die Generationen hindurch als "unantastbar" galten: einerseits M e r s - e l - K e b i r und andererseits A d e n.

Zugleich bemühten sich sowohl London als auch Paris wieder um beste Beziehungen im Nahen Osten, d.h. um die Gunst der Araberstaaten.

Daß Erdöl hier der gemeinsame Auftrieb ist, braucht weiter nicht betont zu werden. Im israelisch-arabischen Junikrieg 1967 neigten die Regierungen Frankreichs und Englands mit "nuancierter Neutralität" zu den Araberstaaten, im Gegensatz zu den USA, die über andere Ölquellen verfügen. Nach Paris knüpft jetzt auch London wieder diplomatische Beziehungen mit Kairo.

Andererseits kann Israel jetzt nur noch mit amerikanischer Unterstützung rechnen. 1956 waren Paris und London mit Tel Aviv gegen Kairo. Die Aktion wurde damals von Washington gebremst. Heute ist es fast umgekehrt. Paris und London setzen auf das arabische Erdöl, parallel und als Rivalen.

### Euroza

Die gleiche Ambivalenz kann man auch in Bezug auf Europa feststellen. Es ist durchaus nicht so, daß Frankreich europabegeistert wäre und England abgewandt; das sind Klischees, die dem tatsächlichen Wechselverhältnis nicht gerecht werden.

Sowohl Großbritannien als auch Frankreich sind nach dem Zerfall und Verlust ihrer Imperien zu europäischer Beschränkung und Besinnung gezwungen, sträuben sich gegen europäische Integration und versuchen Zeit zu gewinnen, um eigene nationale Souveränität solange wie möglich zu bewahren. Sowohl Paris als auch London schwanken dabei zwischen kleineuropäischen und gesamt europäischen Lösungen und tendieren zu einer weitgehenden Verständigung mit der Sowjetunion.

Geographische Gegebenheiten führen in dieser parallelen Entwicklung zu neuen Rivalitäten zwischen den beiden westeuropäischen Mächten. Frankreich ist als Kontinentalstaat "näher" bei Europa und "weiter weg" von den USA. Es war somit früher zu einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit der Bundesrepublik Deutschland, Italien und den Benelux-Ländern gedrängt und versucht jetzt die britische Konkurrenz solange wie möglich vom Gemeinsamen Markt fernzuhalten. Auch hier handelt es sich aber um Rückzugsgefechte und Verschleppungsmanöver. England und Frankreich befinden sich nach jahrhundertlangen kolonialen Irrfahrten auf den Weltmeeren mit Deutschland und anderen Völkern der Alten Welt im gleichen europäischen Boot. Trotz aller Rivalitäten wird man sich verständigen müssen.